

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis: Das Millimeter 6 Hfg., Neklamen 20 Hfg.
Für auswärtig, sowie Bekanntmachungen, notarielle, gericht-
liche u. Finanz-Anzeigen 10 Hfg. Neklamen auswärtig 30 Hfg.
Geschäftsstelle: Brühl, Schloßstraße 23.

Brühler Volksblatt, Brühler Tageblatt, Brühler Volkszeitung
Amtsblatt der Stadt-Brühl
Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 108 und 109.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch
die Post monatlich 1.50 RM.
Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände recht-
fertigen keine Erstattungspräge.

Nr. 13

Dienstag, 17. Januar 1928

31. Jahrgang.

Um Seplers Nachfolge

Entscheidung nicht vor Mittwoch.

Berlin, 16. Jan. Am Sonntag fanden aus Anlaß des Geburtstages des Reichs-
kanzlers keine offiziellen Besprechungen in
der Frage der Beförderung des Reichswehr-
ministeriums statt. Wie verlautet, soll dem
Reichspräsidenten das formelle Rücktritts-
gesuch Dr. Seplers immer noch nicht vor-
liegen. Auch der Reichspräsident hat noch
einmal versucht, Dr. Sepler umzustimmen.
Dessen Absicht, aus dem Amt zu schei-
den, ist jedoch auch in dieser Unterredung
nicht erwirkelt worden. Die Verhand-
lungen zwischen den Koalitionsparteien
dauern an und sie dürften durch die Län-
derkonferenz weiter, als ursprünglich be-
absichtigt war, hinausgezögert werden.
Eine Entscheidung ist vor Mitte der Woche
kaum zu erwarten. Die Deutschnationalen
wünschen eine endgültige Beförderung des
freierwerbenden Postens. Auch Dr. Strese-
mann wird im Zusammenhang mit den
Gerüchten genannt, wonach ein Mitglied
des bisherigen Kabinetts bis zu den Wäh-
len den Posten des Reichswehrministers
verwalten soll.

Ein Aufsatz Dr. Stresemann

London, 16. Jan. Das Sunday Chro-
nicle veröffentlicht einen Aufsatz Dr. Stre-
semanns, worin es u. a. heißt: Niemand
im heutigen Deutschland kämpft für die
Wiederherstellung der alten Ordnung der
Dinge. Die Irrtümer und Schwächen die-
ser alten Ordnung liegen offen zutage.
Was aber große Teile des Volkes im neuen
Deutschland verlangen, ist, daß das, was
groß und ehrenwürdig im alten Deutsch-
land war, Achtung genieße. Weiter heißt
es in dem Aufsatz: Für mich bedeutet
Locarno einen Zustand dauernden Frie-
dens am Rhein, der begründet ist auf der
feierlichen Verpflichtung der beiden großen
benachbarten Nationen, auf den Gebrauch
von Gewalt zu verzichten, eine Verpflich-
tung, die von anderen Nationen verbürgt
wird durch das Versprechen, derjenigen von
beiden Nationen, die trotzdem Opfer einer
Gewalt werden sollte, mit den Waffen zu
Hilfe zu kommen. Aber eines muß ge-
sagt werden: Die Vorkämpfer dieser Ide-
ale werden schließlich nicht siegreich sein,
wenn Jahr für Jahr fremde Bataillone auf
dem Boden des Landes verbleiben, das,
trotzdem es unterlegen ist, jeden Gedan-
ken der Rache preisgegeben hat.

Besser 60000 Studenten als 60000 Soldaten!

Reichstagsabgeordneter Koch zur deutsch-
französischen Verständigung.

Paris, 16. Jan. Der Matin veröffent-
licht ein Interview des früheren Reichs-
ministers Koch, worin dieser seiner Ueber-
zeugung Ausdruck gibt, daß der europäische
Frieden aufrechterhalten werden könne,
wenn man die Deutsche Republik als gleich-
berechtigt behandeln wolle. Den Völkern
Europas sei nicht an einem Kriege ge-
legen; sie hätten die Erfahrung gemacht,
daß sie in keinem Falle davon einen Ge-
winn haben könnten. Durch die Befesti-
gung des Friedens müsse gegenseitiges Ver-
trauen unter den Nationen herrschen.
Deutschland habe Beweise für dieses Ver-
trauen abgelegt, indem es, ohne direkte
Vorteile zu erhalten, die Locarno-Abkom-
men unterzeichnet habe und dem Völker-
bund beigetreten sei. Die moralische Ab-
rüstung werde solange ihre Wirkung nicht
zeigen können, als militärisch nicht abge-
rüstet werde und solange die französischen
Truppen noch am Rhein ständen. Frank-
reich würde mehr zur Verständigung bei-
tragen, wenn es anstatt 60000 Soldaten
60000 Studenten nach Deutschland schicken
würde. Er glaube an die europäische Zi-
vilisation. Die Völker Europas hätten eine
tausend Jahre alte gemeinsame Geschichte
und sie seien weitaus enger miteinander
verbunden, als die Völker irgendeines an-
deren Kontinents. Bei der Rettung euro-
päischer Zivilisation falle die Hauptauf-
gabe Frankreich und Deutschland zu. Wenn
aber Europa dieses Ziel verkenne, und
wenn sich die europäischen Völker nach wie
vor zerfleischen, so würde dies das Ende
Europas bedeuten.

Zusammenstoß mit Nationalsozialisten

Berlin, 14. Januar. In der vergange-
nen Nacht kam es in der Friedrichstraße zwi-
schen etwa 300 Angehörigen der National-
sozialistischen Partei und Polizisten zu Zu-
sammenstößen. Die Menge wurde schließlich
zerstreut und 19 Personen festgenommen.

Die Einheitsstaatskonferenz

Berlin, 16. Jan. Am heutigen Mon-
tag nimmt unter Beteiligung von rund
100 Ländervertretern die Länderkonferenz
ihren Anfang, die sich mit der bedeutamen
Frage der Verfassungs- und Verwaltungs-
reform befassen soll. Diese Konferenz ist
vor kurzem von dem Staatssekretär der
Reichskanzlei, Dr. Ründer, in seinem be-
kannten Germania-Artikel dahin skizziert
worden, daß sie wahrscheinlich als das
äußere Zeichen einer neuen Periode deut-
schen staatlichen Lebens in den Geschichts-
werken über die deutsche Nachkriegszeit an-
gesprochen werden würde. Diese Auffas-
sung erscheint angesichts der Größe und
der Vielfalt der Schwierigkeiten, die sich
dem Einheitsstaatsgedanken auf staatsrecht-
lichem und innerpolitischen Gebiet entge-
genstellen, reichlich optimistisch, gewinnt
aber an Wahrscheinlichkeit, wenn man
erwägt, daß dieser Konferenz nicht die Auf-
gabe einer Entscheidung, sondern die
der Vorarbeit, der Prüfung des Gesamt-
problems zugewiesen worden ist.

Ueber das Problem des deutschen Ein-
heitsstaates ist viel geschrieben und viel
gesprochen worden, ohne daß sich bereits
eine einheitliche Linie erkennen ließe, auf
welcher die verschiedenen Auffassungen und
Bestrebungen sich zusammenfinden könn-
ten. Schon die Beweggründe für die Be-
handlung des Problems sind verschiedener
Art, sodaß diese auch in dem Verhand-
lungsmaterial der Konferenz hervortreten.
Einmal sind es rein staats- bzw. national-
politische Erwägungen, zum anderen fi-
nanz- und verwaltungspolitische Gesicht-
punkte, die nach einer Lösung des Pro-
blems drängen. Die letzteren sind durch
die Erörterungen zwischen Reichsregierung
und Reparationsagenten in den Vorder-
grund gerückt worden, während in die
ersten starb die Länder- und Parteipolitik
hineinspielt. In welcher Richtung sich hier
eine Lösung entwickeln wird, ist daher noch
völlig ungewiß, da Realpolitik und Ge-
sichtspunkte hierbei stark aufeinanderstoßen.
Um gar zu weitgehende Ziele auf den
Nahmen des Möglichen, des Erreichbaren
zu begrenzen, hat der Reichskanzler, der
den Vorsitz in der Konferenz führen wird,
schon vor einiger Zeit erklärt, daß nicht
beabsichtigt ist, die durch Tradition ge-
wordene und durch Verfassung veranker-
te gegenwärtige staatliche Struktur
Deutschlands durch die Konferenz zu zer-
stören.

Nach dem Verhandlungsprogramm wird
aber bereits das erste Thema in das Kern-
stück der Einheitsstaatsidee hineinführen.
Dem württembergischen Staatsminister Dr.
Bazille und dem regierenden Hamburger
Oberbürgermeister Dr. Peterßen ist die Be-

handlung des Hauptthemas: „Das staats-
rechtliche Verhältnis zwischen Reich und
Ländern“ zugewiesen worden, zu dem der
preussische und bayerische Ministerpräsident
Dr. Braun und Dr. Heldt ihre staats-
rechtlichen Gesichtspunkte nach der länder-
politischen Seite hin entwickeln werden.
Während durch diese Darlegungen grund-
sätzlicher Art gewissermaßen die verfas-
sungsmäßig sich ergebenden Schwierigkeiten
herausgearbeitet werden sollen, soll die sich
anschließende allgemeine Aussprache Wege
zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten auf-
zeigen durch Feststellung jener aufgrund
der staatsrechtlichen Struktur des Reiches
und der Länder gegebenen Gemeinsamkei-
ten, durch die Reichs- und Länderinter-
essen ineinanderfließen.

Im zweiten Thema werden der preussische
Finanzminister Höpfer-Schöff und der
thüringische Finanzminister Toebe „Maß-
nahmen zur Erzielung einer sparsamen Fi-
nanzwirtschaft“ behandeln. Die Behand-
lung dieses Themas ergibt sich als notwen-
dige Folge der Verabschiedung der Reichs-
besoldungsvorlage, die bekanntlich bereits
eine Bestimmung über die Einsparung von
Beamtenstellen enthält. Eine Verminder-
ung des Beamtenapparates bedeutet aber
nur dann eine nennenswerte Ersparnis,
wenn damit eine grundlegende Reform der
gesamten Verwaltungsarbeit verbunden ist.
Geeignete Reformvorschlüsse sollen sich
durch die Besprechung dieses Themas er-
geben. In unmittelbarem Zusammenhang
mit diesem Thema steht das dritte, das
sich auf das „Grundgesetz der Verwal-
tungsreform“ bezieht und von dem thürin-
gischen und bayerischen Innenminister Apel
und Dr. Stügel behandelt werden wird.

An einem praktischen Ergebnis der Kon-
ferenz hat nicht nur die Reichsregierung,
vor allem der Reichsfinanzminister, es ha-
ben daran viele Volkskreise und vor al-
lem die deutschen Wirtschaftskreise ein sehr
starkes Interesse. Selbst innerhalb der ein-
zelnen Parteien, mögen sie offiziell zur
Frage des Einheitsstaates ganz verschiede-
n eingestellt sein, sind maßgebende Persön-
lichkeiten vorhanden, die sich übereinstim-
mend zu der Notwendigkeit der endlichen
Schaffung des deutschen Einheitsstaates be-
kennen. Das hat die Gründung des „Bun-
des für Erneuerung des Reiches“ gezeigt,
dem Vertreter fast aller Parteien, von den
Sozialdemokraten bis zu den Deutschnatio-
nalen angehören. Auch im Ausland bringt
man der Konferenz größtes Interesse ent-
gegen, da die Schaffung eines Einheits-
staates oder die Entwicklung zum deutschen
Einheitsstaat außenpolitisch zweifellos ein
deutsches Plus würde.

Einblick und Ausblick zur Länderkonferenz

Berlin, 15. Januar. Die Verhandlun-
gen der Konferenz finden im historischen gro-
ßen Saale des Berliner Kongreßgebäudes
statt. Neben den Mitgliedern des Kabinetts
und dem Reichsparlamentar Dr. Sämisch
nehmen die Staatssekretäre der Reichs-
ministerien, sowie als Vertreter des Reichs-
präsidenten Staatssekretär Dr. Meißner, wei-
ter die preussischen Minister mit ihren Staats-
sekretären und von den 17 Ländern die
Staats- und Ministerpräsidenten, sowie die
Innen- und Finanzminister und schließlich die
stimmführenden Bevollmächtigten der Län-
der zum Reichsrat. Die Beratungen der Kon-
ferenz werden vertraulich geführt, doch wird
nach Abschluß der Beratungen die Offen-
lichkeit in weitem Ausmaße unterrichtet wer-
den. Wie verlautet, wird die Reichsregie-
rung auf der Konferenz ihre Bereitwillig-
keit zum Ausdruck bringen, von leistungs-
schwachen Ländern, falls diese es wünschen,
einzelne Verwaltungsweige (in Reichsregie)
zu übernehmen. Einen Anfang für eine sol-
che Regelung ist mit Thüringen gemacht,
mit dem bekanntlich zur Zeit Verhandlungen
wegen Uebernahme eines Teiles der Steu-
erverwaltung auf die Reichsfinanzverwaltung
schweben. Ein Beispiel, das auch auf an-
dere Verwaltungsweige ausgedehnt werden
könnte. Eine Frage, die ohne zu große
Schwierigkeiten gelöst werden könnte, ist die
Beseitigung der Enklaven und Exklaven, zu
welcher Frage gleichfalls Vorschläge von der

Reichsregierung zu erwarten sind. Schließ-
lich sollen bestimmte Sparmaßnahmen
vorgeschlagen werden, die u. a. den
Zustand der Doppelkompetenz beseitigen
sollen.

Die Berliner Presse nimmt zum Teil in
längeren Betrachtungen zu der Länderkon-
ferenz Stellung. Die „D.M.Z.“ meint, es
wäre keinesfalls sofort eine Beschlussfassung
über die Neugestaltung des Verhältnisses zwi-
schen Reich und Ländern zu erwarten. Es
könnte sich angesichts der Schwierigkeiten die-
ses umfassenden Problems vielmehr nur um
eine allgemeine Aussprache handeln mit dem
Ziel, eine Klärung über die Möglichkeiten
des weiteren Vorgehens herbeizuführen. Im
ganzen werde man der Länderkonferenz mit
dem Vertrauen entgegensehen dürfen, daß
sie zwar nicht fertige Lösungen bringen, aber
fruchtbare Vorarbeit leisten wird.

Auch die „Germania“ warnt vor zu weit-
gehenden Erwartungen, die vielleicht an die
Konferenz geknüpft werden könnten, beson-
ders hinsichtlich der konstitutionellen Grundzüge
des Reichsbaues. Was vorläufig nottue, sei
weitere Klärung, Ausgleich der widerstren-
digen Auffassungen und allmähliche Stärkung
der feilschen Bereitschaft einzelner Länder,
die Frage des Reichsbaues überhaupt zur
Diskussion zu stellen. Dagegen erwartet das
Blatt als praktisches Ergebnis der Konfe-
renz eine Säuberung der deutschen Land-
karte, d. h. die Beseitigung der sogenannten

Politische Neuigkeiten

— Zu Ehren der Staatspräsidenten und
Ministerpräsidenten der Länder fand ge-
stern beim Reichspräsidenten ein Essen
statt, zu dem auch die beteiligten Reichs-
minister, sowie die Bevollmächtigten der
Länder im Reichsrat geladen waren.

— Nach einer amtlichen Mitteilung wird
sich Ministerpräsident Woldemar am 24.
Januar nach Berlin begeben, um mit Dr.
Stresemann eine Reihe schwebender Fra-
gen zu besprechen.

— Einer Meldung aus Rom zufolge soll
der Emir von Afghanistan, Amanullah,
die Absicht haben, von London aus nach
Berlin zu kommen. Die Abreise von Lon-
don sei für den 15. Februar vorgesehen.

— Briand hat gestern im Quai d'Orsay
ein Festessen zu Ehren des Reparations-
zahlungsagenten Parter Gilbert gegeben.

— Der Jungdeutsche Orden teilt mit,
daß die beiden deutschnationalen Reichs-
tagsabgeordneten Hartwig und Hüller aus
dem Orden ausgetreten sind.

— Im Haag ist das deutsche Realgym-
nasium und in Rom das neue deutsche
Krankenhaus eröffnet worden.

— Carol von Rumänien beabsichtigt die
Herausgabe eines Weisbuchs als Antwort
auf die durch die Regierung Bratianus
veröffentlichten Dokumente über die Grün-
de seiner Abdankung.

— Wie verlautet, hat Belgien dem Ge-
neralsekretariat des Völkerbundes eine kur-
ze Darstellung des belgischen Standpunk-
tes in der Sicherheitsfrage zugehen las-
sen. Das Schriftstück enthält nur einige
allgemeine Bemerkungen.

— Die Luftpostlinie Paris-Buenos
Aires wurde am Montag eröffnet. Die
Linie berührt Marokko und die Kap Ver-
dischen Inseln. Unternehmerin ist die Al-
gemeine Luftpostgesellschaft in Paris.

Enklaven. Weiter werde sich die Konferenz
zu beschäffigen haben mit einer klaren Zu-
ständigkeitsabgrenzung zwischen Reich und
Ländern in der Verwaltungsreform, die aus
sachlichen und finanziellen Gründen dringend
geboten ist. Im übrigen behandelt das Blatt
die Frage der Neuordnung des Reiches vom
Standpunkt des Zentrums aus und sieht den
Schwerpunkt des ganzen Problems in dem
unorganischen Nebeneinander von Preußen
und Reich. Diese Neuordnung werde die
Frucht einer vielleicht langen Entwicklung sein,
die immer stärker unter den Druck eines ge-
sunden staatspolitischen Denkens gestellt wer-
den müsse.

Die wegfallenden Beamtenstellen

Berlin, 16. Jan. In einem Rundschrei-
ben des Reichsfinanzministers an die ober-
sten Reichsbehörden und an die Länder-
regierungen werden Richtlinien über den
Wegfall von Beamtenstellen gegeben. Die-
se beziehen sich auf den Paragr. 40 des
Besoldungsgesetzes, in denen, aufgrund des
bekannten Antrages der Regierungspar-
teien, bestimmt wird, daß für die Dauer
von zunächst drei Jahren, beginnend mit
dem 1. April 1928, von je drei freien
oder drei freierwerbenden planmäßigen Be-
amtenstellen eine Stelle in Wegfall kom-
men soll. Notwendig sei, daß von je drei
zeitlich aufeinanderfolgenden freierwerbenden
Stellen immer je eine wegfällt. Soweit
dies bei der Reichsfinanzverwaltung und
der Reichspost nicht möglich ist, muß der
Ausgleich hinsichtlich der wegfallenden Stel-
len mindestens monatlich vorgenommen
werden. Wegzufallen die von der Ver-
waltung bestimmte Stelle so, wie sie wirk-
lich freigeworden ist. Im Zusammenhang
mit einer wegfallenden Stelle darf keine
Neubesetzung vorgenommen werden.

Um die Erhöhung der Reichsangestelltengehälter

Berlin, 14. Januar. Wie wir erfah-
ren, hat das Reichsarbeitsministerium den
Professor Dr. von Möllendorff endgültig
zum Schlichter für die seinerzeit abgebro-
chenen Verhandlungen mit den Vertretern
der Reichsangestellten über die Frage der
Angleichung der Angestelltenbezüge an die
Beamtenbesoldungserhöhung ernannt. Dr.
Möllendorff befindet sich zwar im Auger-
blick nicht in Berlin, wird aber in den näch-
sten Tagen zurückkehren und die Verhand-

lungen dann unverzüglich aufnehmen. Im Reichsarbeitsministerium hofft man, daß es dem Schlichter gelingt, noch vor Ende Januar mit den Vertretern der Reichsangeestellten zu einem beiderseits befriedigenden Ergebnis zu gelangen.

Die Länderkonferenz in Berlin

Berlin, 16. Januar. Heute vormittag 10 Uhr begann in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx die Konferenz der Ländervertreter, die sich mit den Fragen der Verwaltungs- und Verfassungsreform beschäftigen soll. Die Ministerpräsidenten und die zuständigen Ressortminister der Länder sind vollständig erschienen, so daß etwa einhundert Personen an den Verhandlungen teilnehmen. Reichskanzler Dr. Marx hielt die Begrüßungsansprache und erwähnte dann in seinen Ausführungen die Aufgabe der Länderkonferenz. Die Verhandlungen müßten zunächst auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens erfolgen. Es werde sich ferner vor allem darum handeln müssen, einzelnen Ländern durch Übernahme gewisser Verwaltungsweige auf das Reich zu helfen, ferner die Befähigung der Enklaven und Exklaven mit möglicher Beschleunigung zu betreiben und im Reich und in den Ländern auf dem Wege umfassender Verwaltungsmaßnahmen wesentliche Ersparnisse zu erzielen. Die Reichsregierung erwarte von den Beratungen ein ergiebiges Resultat und von der Aussprache eine Vertiefung und Stärkung des Bewußtseins, daß die Einheit der Nation und des Reichs unser wertvollstes und bestes Gut sei, das dem deutschen Volk aus den Stürmen der Krieges- und Nachkriegszeit geblieben sei.

Als Redner sind vorgesehen: als Referenten der Präsident des Hamburger Senats, Bürgermeister Dr. Petersen, und der württembergische Staatspräsident Bazill, und als Korreferenten der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, und der preussische Ministerpräsident Dr. h. c. Brauns.

Der erste Referent der Länderkonferenz der Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen sprach insbesondere die einzelnen Vorschläge zur Reform des Reiches. Er stellte dafür vier Punkte auf: 1. Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung auch bei der Ausübung der Länder auf die Willensbildung des Reiches. 2. Stärkung der Reichsgewalt. 3. Vereinheitlichung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Stetigkeit in der Verwaltung des Reiches. 4. Aufbau lebendiger unterer und mittlerer Selbstverwaltungsbezirke und Verkürzung des Instanzenweges zur Zentralregierung. Neugliederung des Reiches in Gebilde, die kulturell und wirtschaftspolitisch lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ein Eigenleben führen. Petersen führte aus, daß dieser Weg außenpolitisch ungangbar sei wegen der Reparationsschulden. Die Möglichkeit des Einheitsstaates müßte näher geprüft werden. Der Plan der Bildung freier Reichsländer mit eigenem Landtag erscheint dem Redner unmöglich. Seine Voraussetzung wäre die Gebirgs- und Preussens. Preußen müsse erhalten bleiben, bis es im Reich ausgehen könne. Der Redner schloß mit dem Vorschlag der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses der sich zusammenfassen soll aus Politikern, Wirtschaftspraktikern, Staats- und Verwaltungsrechtlern, Vertretern der Wirtschaft einschließlich der Arbeitslosenorganisationen. Den Vorsitz soll ein Vertrauensmann der Reichs- u. Länderregierungen bilden.

Nach Dr. Petersen sprach der württembergische Staatspräsident Bazill, der bei einem Referat von der Bismarckschen Verfassung ausging. Die Übertragung des Amtes des preussischen Staatspräsidenten auf den Reichspräsidenten und des preussischen Ministerpräsidenten auf den Reichskanzler lasse sich voraussichtlich bei dem rein parlamentarischen System von heute nicht herstellen.

Die Festnahme eines Reichswehrgesoldaten durch die Franzosen

Berlin, 14. Januar. In Ludwigshafen ist bekanntlich von der Besatzung ein Reichswehrgesoldat verhaftet worden, der sich angeblich ohne Genehmigung zum Besuch seiner Eltern dort aufhielt. Von zuständiger Stelle in Berlin wird erklärt, daß diese Angelegenheit zurzeit durch die Ortspolizeibehörden untersucht werde und daß erst der Bericht hierüber abgewartet werden müsse, bevor eine Stellungnahme erfolgen könne. — Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist der um die Jahreswende in der Pfalz verhaftete Reichswehrgesoldat auf besondere Verfügung hin wieder in Freiheit gesetzt worden.

Paul-Boncour und die Rheinlanddrängung

Paris, 15. Januar. Der Vorsitzende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der Sozialist Paul Boncour gewährte einem Vertreter des Paris Midi eine Unterredung über die Frage der Rheinlanddrängung. Boncour erklärte u. a., auch er habe in Luxemburg gesagt, man müsse die französisch-deutsche Frage bereinigen, und jede wahrhaftige Annäherung zwischen den beiden Ländern sei unmöglich, solange noch die Truppen des einen Landes das Gebiet des anderen Landes besetzt hielten. Aber die Räumung könne nicht ohne eine Gegenleistung als Unterpfeiler der Sicherheit erfolgen. Das Vorhandensein einer entmilitarisierten Zone zwischen den beiden durch die Geschichte gegeneinander eingestellten Ländern sei nach seiner Ansicht die sicherste Gewähr für den Frieden. Rein Privatvertrag könne der notwendigen Mittel zur Durchführung entbehren und ebensowenig ein internationales Abkommen. Jedes Entwaffnungsabkommen bedürfe einer Kontrolle. Diese internationale Kontrolle werde, wie er im Namen Frankreichs versichern könne, von seinem Lande angenommen werden, sobald ein internationales Abkommen über Räumung und Entwaffnung unterzeichnet worden sei. Frankreich sei aber bisher die einzige Großmacht, die diesen Vorschlag annehme. Das Mindeste, was man von Deutschland verlangen könne, sei, daß dieses den Vorschlag auch anerkenne, soweit es sich um das bestehende Entwaffnungsabkommen handle, das sich auf die in Versailles festgelegte und in Locarno feierlich bestätigte entmilitarisierte Rheinzone beziehe.

Es handle sich nicht nur um die interalliierte Militärkontrolle, die Deutschland nach seiner Niederlage aufgezwungen worden sei. Er für seine Person begreife durchaus, daß eine solche Kontrolle für den Stolz einer großen Nation verlegend sei. Diesmal aber handle es sich um eine internationale Kontrolle, ausgehend von einer internationalen Körperschaft, der Deutschland selbst angehöre, und diese sollte ebenso gut für Frankreich wie für Deutschland gelten.

Die Ausführungen Boncours werden fast von der gesamten Berliner Presse abgelehnt, soweit sie die Forderung nach einer Verewigung der Kontrolle im Rheinland enthalten. Die Tägliche Rundschau erklärt, daß wohl noch viel Wasser die Seine herunterfließen werde, bis just ein von Herrn Paul Boncour verfaßtes Entwaffnungsabkommen unterzeichnet sein wird. Frankreich habe also gute Ruhe vor der internationalen Abrüstungskontrolle. Die D.N.Z. meint, man solle die Offenheit Paul Boncours anerkennen, in welchem Ziele seine Tätigkeit letzten Endes gipfeln solle. Die „Germania“ sagt, Paul Boncour hat wieder einmal die grundsätzlichen Seiten des deutsch-französischen Gegensatzes ausgerollt und hierdurch den in Deutschland unumkehrbar an Standpunkt der Verewigung der einseitigen Kontrolle deutschen Bodens zugunsten Frankreichs und seiner Alliierten vertreten. Dies ist die Tatsache, über die alle schönen Reden von Frieden und Friedensorganisationen nicht hinweg täuschen können.

Der alte Wille Berlins fehle

München, 14. Jan. Eine große Anzahl führender Persönlichkeiten Bayerns aus den Kreisen der Wissenschaft und Kunst, der Industrie, des Handels, Gewerbes und der Landwirtschaft erlassen einen Aufruf, der mit Entschiedenheit das Recht Bayerns auf eigenes kulturelles und wirtschaftliches Leben verteidigt. In dem Aufruf wird darüber geklagt, daß in Berlin manchmal das Verständnis und der gute Wille zur Erfüllung der Bedürfnisse Bayerns fehle. Bayern erleide durch die wissenschaftliche Konzentration in Berlin dauernde Verluste. Die Aufträge der Reichsbehörden würden meist norddeutschen Firmen zufließen. Die besondere staatliche Struktur müsse auch mit Rücksicht auf den Zusammenschluß mit Oesterreich gewahrt werden.

Der neue Wahlkampf in Hamburg

Hamburg, 16. Jan. Bürgermeister Dr. Petersen hat für den diesmaligen Wahlkampf in Hamburg die Spitzenkandidatur der Deutsch-Demokratischen Partei in Hamburg übernommen. In einem Wahlaufspruch des Landesverbandsvorsitzenden der Deutschen Nationalen Volkspartei wird aufgefodert, jede unnötige Schärfe zwischen den Rechtsparteien zu vermeiden und sich immer klar darüber zu sein, daß der Kampf in erster Linie gegen den Marxismus geführt werden muß. Eine ähnliche Aufforderung enthält ein Aufruf des Landesverbandsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei.

Der Kampf gegen die französische Heeresreform

Berlin, 16. Jan. Nach Auffassung der Pariser Korrespondenten der Täglichen Rundschau sind die Differenzen zwischen dem Kriegsminister und der Heereskommission, die sich anlässlich der Erörterungen der Vorlage für die Einführung der einjährigen Dienstpflicht ergaben, schwerwiegender als sie den Anschein hatten. Die Meinungen konnten trotz mehrfacher Debatte nicht überbrückt werden. Angesichts der Einmütigkeit des Widerstandes der Heereskommission erregte es starkes Aufsehen, daß Painlevé zum Schluß der Sitzung erklärte, er würde anlässlich der öffentlichen Kammerausprache die Vertrauensfrage stellen.

Präsident Coolidge auf Reisen

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Coolidge, ist zur Teilnahme an dem Panamerikanischen Kongreß in Havanna eingetroffen. Unter dem Verdacht, ein Attentat auf den Präsidenten zu planen, hat man in Havanna drei Russen festgenommen. Zum Schutze des Präsidenten Coolidge ist dieser von einer außerordentlichen Schutzgarde umgeben, die von Washington mitgenommen ist.

Coolidge in Havanna eingetroffen

Newyork, 16. Jan. Der amerikanische Präsident Coolidge ist, wie aus Havanna gemeldet wird, dort eingetroffen. Auf der Reise von Washington nach Cay West, dem Endpunkte der Floridabahn, wurden Vorwandsregeln angewandt, wie sie bei den Reisen des Zaren von Rußland üblich waren.

ren. Eine Lokomotive fuhr dem Sonderzuge voraus. Sämtliche Bahnübergänge und Brücken wurden von schwerbewaffneten Polizisten bewacht. Der Sonderzug des Präsidenten wurde kurz vor der Abfahrt einer letzten, eingehenden Untersuchung durch Ingenieure unterzogen. Bisher hat niemals ein amerikanischer Präsident während seiner Amtszeit sich ins Ausland begeben.

Newyork, 16. Jan. Aus Havanna wird gemeldet, daß bei der Ankunft des Präsidenten Coolidge etwa 300 000 Neugierige sich am Hafen und in den benachbarten Straßen angesammelt hatten. Als der Kreuzer Texas in Begleitung des Kreuzers Memphis und einigen Zerstörern in den Hafen einlief, feuerte die Texas 21 Salutschüsse ab, worauf die Hafenbatterien, sowie die Sirenen der Fabriken, antworteten, was wiederum bei der Bevölkerung einen ungeheuren Lärm hervorrief. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß der Kreuzer Texas am gleichen Orte liege, an dem seiner Zeit auch der amerikanische Kreuzer Maine angelegt habe, der im Jahre 1898 von den Spaniern in die Luft gesprengt wurde. Das habe dann zum spanisch-amerikanischen Kriege geführt.

Ein amerikanischer Völkerbund?

Washington, 14. Januar. Der Demokrat Somers brachte im Repräsentantenhaus einen Antrag auf Errichtung einer Art amerikanischen Völkerbundes für den ganzen amerikanischen Kontinent ein. Der Entwurf fordert die Bildung eines Systems von Gerichten, die alle etwaigen Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Ländern Amerikas zu regeln hätten. Es soll je ein Gericht für Nordamerika, Mittelamerika und Südamerika und als Berufungsinstanz ein für ganz Amerika zuständiges Gericht geschaffen werden.

Amerikas Abrüstung

Washington, 16. Jan. Vom Kriegsamt für Luftfahrt ist an eine Flugzeugfirma in Cleveland eine neue Bestellung von 200 Bombenflugzeugen gegeben worden. Die Fabrik arbeitet heute schon mit Hochdruck und stellt täglich ein neues Flugzeug her. Die neuen Flugzeuge sollen bei voller Bombenbelastung und fünf Mann Besatzung einen Aktionsradius von 800 Meilen besitzen.

Keine Verlegung des Wohnsitzes Wilhelms II

Berlin, 17. Januar. Die in einigen Blättern verbreiteten Gerüchte, wonach sich angeblich einzelne einflussreiche Stellen in England dafür einsetzen, daß Wilhelm 2. seinen Wohnsitz verlegen dürfe, und daß bereits eine Umfrage in den verschiedensten Kreisen in Deutschland stattgefunden habe, werden von der Generalverwaltung des preussischen Königs als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

An den Gräbern der Revolutionsoffer von 1918 fand am Sonntag, dem Jahrestage der Ermordung Rosa Luxemburgs und Liebknechts, eine kommunistische Gedächtnisfeier statt, bei der der Abgeordnete Bied eine Rede hielt.

Parlamentarische Ausschüsse

Berlin, 16. Januar. Der Haushaltsausschuß des Reichstags erledigte im weiteren Verlauf seiner Sitzung den Rest des Haushalts des Arbeitsministeriums. — Morgen beginnt die Beratung des Etats der besetzten Gebiete.

Berlin, 16. Januar. Nach dreitägiger Sitzung wurde über sämtliche Punkte, die zur Verhandlung standen, in der deutsch-österreichischen parlamentarischen Strafrechtskonferenz eine Einigung erzielt. Die nächste Tagung der Konferenz soll in Dresden abgehalten werden.

Berlin, 16. Januar. Der Haushaltsausschuß des Reichstags erledigte heute den letzten Abschnitt des Etats des Reichsarbeitsministeriums über Wohnungs- und Siedlungswesen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wies dabei auf die ausführliche Denkschrift hin und betonte nochmals, daß es unmöglich sei, ein festes Bauprogramm auf mehrere Jahre hinaus aufzustellen, da man die Entwicklung des Kapitalmarktes nicht voraussagen könne. Es wurde eine Reihe von Anträgen genehmigt, die jedoch keine wesentliche Bedeutung haben.

Streikansichten der Metallarbeiter in Sachsen

Halle, 16. Jan. Eine abgehaltene Konferenz der Metallarbeiter beschloß einstimmig, den vom Landesgeschäftlichen gefällten Schiedsspruch abzulehnen und mit sofortiger Wirkung in den Streik zu treten. Sollte es zu einer Arbeitsniederlegung kommen, so wären in der Provinz Sachsen etwa 50 000 Metallarbeiter beteiligt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist in den halleischen Betrieben, soweit sie dem Industriellenverband angehören, die Streikbeteiligung allgemein.

Magdeburg, 16. Jan. Hier wird zurzeit noch nicht gestreikt, es findet jedoch eine Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches statt. Man rechnet mit dem Ausbruch des Streikes, da bereits heute vormittag verschiedene Betriebsräte erklärt haben, daß die Beschlüsse heute nachmittag 2 Uhr die Werke verlassen würden. In Anhalt, so in Dessau, Zerbst, Bernburg und Staßfurt, ruht in den meisten Betrieben der Metallindustrie seit heute früh die Arbeit.

Berlin, 16. Jan. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat alsbald die Parteien für Dienstag vormittag zu einer Aussprache nach Berlin geladen.

Aus rheinischen Landen

Die Neugestaltung des Regierungsbezirks Düsseldorf

In Düsseldorf gab Regierungspräsident Bergemann den Vertretern der Presse der Behörden und der wirtschaftlichen Organisationen einen Überblick über die von ihm in Aussicht genommenen Grenzveränderungen im Bezirk Düsseldorf. Danach sollen die jetzt bestehenden 15 Landkreise, und zwar Cleve, Rees, Geldern, Mörs, Dinslaken, Essen, Kempen, Krefeld, Düsseldorf, Mettmann, Gladbach, Neuß, Grevenbroich, Solingen, und Lennep auf acht zusammengelegt werden und zwar: 1. Cleve, 2. Rees, 3. Geldern, 4. Mörs, 5. Nordkreis links (bestehend aus dem Landkreis Kempen und Teilen des Landkreises Krefeld und Gladbach), 6. Nordkreis rechts (Landkreis Mettmann und den Resten des Landkreises Düsseldorf und Essen), 7. Südkreis links (Landkreise Neuß, Grevenbroich und ein Teil von Gladbach), 8. Südkreis rechts (Kreise Lennep und Solingen). Bei dem letzten Landkreis ist auch das Auscheiden von Wiesdorf berücksichtigt. Dabei ist offengelassen, ob Wiesdorf kreisfrei wird oder sich nach Köln angliedert. Von den gegenwärtigen 15 Stadtkreisen, nämlich Sterkrade, Hamborn, Duisburg, Oberhausen, Mülheim-Ruhr, Essen, Krefeld, M. Gladbach, Rheindt, Neuß, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Solingen und Remscheid sollen nach der Neuordnung bestehen bleiben bzw. neu geschaffen werden die Stadtkreise Wesel (Oberhausen-Sterkrade-Osterfeld), Duisburg mit Hamborn, Mülheim-Ruhr, Krefeld (Biersen-Dülken-Südteil), M. Gladbach-Rheindt, Neuß, Düsseldorf (Elberfeld-Barmen), Solingen und Remscheid.

Regierungspräsident Bergemann bedeutete, daß eine genaue Grenzführung noch nicht festliege. Es würden nur solche Gebiete zu den Städten geschlagen, die schon heute wirtschafts- und verkehrspolitisch sowie industriell zu ihnen gehören und welche von den Städten und der Industrie für die nächsten 30 bis 50 Jahre für erforderlich gehalten werden. Die Regierung werde mit allen Kräften bestrebt sein, eine Regelung zu treffen, mit der auch die Landwirtschaft zufrieden sein könne.

Brühl, 17. Jan. 1928.

Köln: Der Seniorchef der weltbekannten Kölnisch-Wasser-Firma „4711“, Ferdinand Mülhens, ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Besonders verdient hat sich Ferdinand Mülhens um das Siebengebirge gemacht; die Stadt Königswinter hatte ihn zu ihrem Ehrenbürger gemacht. — Ferner ist der langjährige ehemalige Syndikus der Kölner Industrie- und Handelskammer, Dr. Albert Wiedemann, im Alter von 52 Jahren gestorben. Dr. Wiedemann, der aus Viegeln stammte, war Kammerpräsident in Erfurt und danach in Elberfeld. Aus seiner 11-jährigen Wirksamkeit in Köln ragt seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Wirtschaftsausschusses für das besetzte Gebiet hervor.

Bonn: Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zählt im gegenwärtigen Studienhalbjahr 4651 Studierende und zwar 3908 Studenten und 743 Studentinnen. Dazu treten noch 69 männliche und 39 weibliche zum Hören von Vorlesungen Berechtigte, so daß die Gesamtzahl 4759 Personen beträgt. Diese Anzahl verteilt sich auf die einzelnen Fakultäten folgendermaßen: evangelisch-theologische Fakultät 91 Studenten, 3 Studentinnen; katholisch-theologische Fakultät 377 Studenten; juristische Fakultät 1125 Studenten, 37 Studentinnen; medizinische Fakultät 677 Studenten, 142 Studentinnen; philosophische Fakultät 1638 Studenten und 561 Studentinnen.

Die Gesamtzahl der immatrikulierten Studierenden betrug im Sommerhalbjahr 1927/28 4879 Studierende. Bonn gehört erfahrungsgemäß zu den Universitäten, die im Sommerhalbjahr — das auch die Abiturienten auf die Universität führt — immer stärker besucht sind, als im Winterhalbjahr. So kann es als besonders erfreulich bezeichnet werden, daß Bonn jetzt auch im Winterhalbjahr sich so ziemlich auf der Höhe des Besuchs im Sommerhalbjahr gehalten hat. Es ist auch anzunehmen, daß mit der bevorstehenden Fertigstellung des neuen Universitätsgebäudes mit seinen Hörsälen und Seminaren der Besuch von Bonn weiterhin steigt, wie er ja jetzt schon seit Abzug der französischen Besatzung die Friedenshöhe der Studentenzahl erreicht und überschritten hat.

Aachen: In Eilendorf bei Aachen wurde bereits seit längerer Zeit das Gerücht, daß die Tochter eines Landwirts und ihr Mann den Landwirt durch Gift beseitigt hätten, um in den Besitz des Erbes zu gelangen. Die Gerüchte verdichteten sich so sehr, daß nunmehr die Staatsanwaltschaft in Lech des Landwirts, der im März 1926 starb, ausgraben ließ um feststellen zu lassen, ob an dem Gerüchte etwas Wahres ist oder nicht, oder ob Tochter und Schwiegerohn des Verstorbenen das Opfer böser Verleumdungen geworden sind.

Aachen: (Eine Stadt, die zuviel Wohnungen hat.) Wie von der holländischen Grenze gemeldet wird, hat der Bau der Staatsgrube „Maurits“ in der Nähe der Stadt Eilendorf und die Ankündigung eines enormen Wachstums der Stadt durch die Grubenindustrie die Stadt in eine verhängnisvolle Wohnungsnotlage versetzt. Ein großer Teil der Mittelschichtwohnungen, die von der Stadt gebaut wurden, sind heute noch unbewohnt. Die verfehlte Wohnungspolitik ist eine der hauptsächlichsten Ursachen, daß Schuldenlast und Steuerdruck so hoch sind.

Sollingen: (Eine Hochzeit mit Hindernissen.) Eine unangenehme Überraschung erlebte eine Hochzeitsgesellschaft in Wiggelbein. Alles, was zur Schließung einer Ehe gehört, war vorbereitet. Die Trauzeugen traten pünktlich an, Braut und Bräutigam waren ebenfalls zur Stelle. Da, im letzten Augenblicke, belam der zukünftige Gatte seine Mädeln und erklärte glattweg, sich nicht ins Ehejoch zu begeben. Alles Zureden war vergeblich. Schließlich blieb der Braut und der Hochzeitsgesellschaft nichts anderes übrig, als wieder nach Hause zu gehen.

Sonsbeek: (Matr. 16 Jahren wiedergefunden.) Auf eine heimliche Weise gelangte eine Frau von hier wieder in den Besitz ihres Trauringes, den sie vor 16 Jahren bei der Arbeit auf dem Felde verloren hatte. Beim Schälen von Kartoffeln entdeckte sie ihren verlorenen Trauring in einer Kartoffel. Diese war um den Ring herumgewachsen. Auf eine solche Art dürfte wohl kaum jemals ein Trauring wiedergefunden worden sein.

Hamborn: (Ein merkwürdiger Unglücksfall, der aber glücklicherweise kein Menschenleben forderte, hat sich im Stadteil Neumühl ereignet. Auf der Heide „Neumühl“ lag plötzlich ein etwa 1—1½ Zentner schwerer Verschleißdeckel eines Kessels mit lautem Knall ab und fiel auf ein etwa 60 Meter entfernt liegendes Wohnhaus. Das Dach des Hauses wurde zertrümmert, und das Eisenblech blieb auf dem Dachboden liegen. Zwei dicke starke Balken des Dachstuhl waren wie Streichhölzer geknickt. Die Bewohner des Hauses, von denen niemand verletzt wurde, hatten das Gefühl, als ob eine Granate eingeschlagen. Ein sonderbarer Zufall wollte es, daß durch diesen Unfall das gleiche Haus betroffen wurde, in dem bei den Kämpfen gegen die Rote Armee ein Artilleriegeschütz einschlug, wodurch mehrere Mitglieder einer Steigerfamilie verletzt wurden. Einem Knaben waren damals beide Beine weggerissen worden.

Mülheim-Ruhr: (Ein Haushalt ohne Fehlbetrag.) In der letzten Stadtverordnetenversammlung, die sich in der Hauptsache mit kleineren Vorlagen zu beschäftigen hatte, gab Oberbürgermeister Dr. Rembe bekannt, daß der voranschreitende Gesamtabschluss für das Rechnungsjahr 1927 ohne Fehlbetrag abschließen und keinen Nachtragshaushalt erforderlich machen werde.

Das Kartell der Christl. Gewerkschaften von Brühl und Umgebung begann am gestrigen Abend im Saale Witz seine Unterrichtsstunde. „Einführung in die Volkswirtschaft“, so lautete das Thema, welches dem Herrn Studienrat Gail-Köln gestellt worden war. In gerader glänzender Weise beleuchtete der Redner in seinem zweistündigen Vortrage die Zusammenhänge der Volkswirtschaft im allgemeinen. Jedes Mädchen in der Klasse hätte seinen Zweck, Natur, Arbeit und Kapital, diese Dreiecke, wurde den wissensdurstigen Christl. Gewerkschaftlern und kathol. Arbeitsvereinigern durch die zahlreichen Lichtbilder und in der Herrn Gail eigenen volkstümlichen Form übermittelt, so daß man den Bildungsausschuss zu der Wahl des Redners wohl beglückwünschen kann. Der 2. Vorz. des Kartells, Schlimbach, wies am Schluß des Vortrages auf die heute und morgen abend 8 Uhr im Sälchen Giesberg stattfindenden weiteren Unterrichtsstunden hin, deren Besuch er umso mehr empfahl, als den Teilnehmern keinerlei Kosten entstehen.

Der Herr Senator, ein Lustspiel in 3 Akten geht heute abend im Saale Völschere (vor Sitzreihen) über die Bretter. Wirklich ein Lustspiel, das vom Humor gewürzt, die ganze Handlung bis zum Schluß durchzieht und die Zuschauer ohne Unterbrechung in Spannung und steigender Begeisterung hält. Vielen Brühlern sind die mehrfachen, immer gut besuchten Aufführungen vor einigen Jahren noch in bester Erinnerung; heute haben sie Gelegenheit, eine Wiederholung zu sehen, die alle früheren Aufführungen weit in den Schatten stellt. Liegen doch vor allem die Hauptrollen in nur besten und wohlgeformten Händen. Näher auf den Inhalt eingehen zu lassen und die Leser; wer Näheres wissen will, überzeuge sich selbst durch einen Besuch. Ein jeder wird hochbefriedigt von dem zehnten. Karten sind zum Preise von 1.50 M. (nummeriert) und 1 M. in den Vorverkaufsstellen bei Breitbach (Markt) und Wommes (Hilfsstraße) zu haben.

Eisenverein: Die hiesige Ortsgruppe hielt am vergangenen Freitag in der Schloßbrauerei ihre 6. ordentliche Hauptversammlung ab. Die von Schriftführer und Schatzmeister erstellten Berichte über das Vereinsjahr 1927 legten Zeugnis ab von reger und erfolgreicher Tätigkeit. Die Zahl der Mitglieder beträgt am Jahresende 207. Die Kasse schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 2296,51 RM. ab. Die Widerei und insbesondere die Kartensammlung wurden um 45 Nummern vermehrt. Die Lichtbildsammlung zählt 279 Diapositive. Mit der Anschaffung eigenen Lichtbildgerätes wurde begonnen. Um den demnächst zu tausenden Lichtbildapparat sofort bezahlen zu können, erklärten sich eine größere Anzahl Mitglieder bereit, die Jahresbeiträge für 1928 und 1929 bereits bis 1. April d. J. zu zahlen. Der Jahresbeitrag wurde auf halbjährlich 2,75 RM. festgelegt. Die Zahl der Wanderungen stieg von 24 im Jahre 1926 auf 33 in 1927, an denen 700 Personen teilnahmen, darunter 483 Mitglieder. Die durchschnittliche Beteiligung bei den Wanderungen betrug in beiden Jahren 21 Personen. An sonstigen Veranstaltungen sind 5 Vortragsabende, 1 T. mit Lichtbildern, Sommerfest und Winterfest zu erwähnen. — An Stelle eines auf eigenen Wunsch aus dem Vorstande auscheidenden Herrn wurde Studienrat Dr. Bier zum Vizepräsidenten, der übrige Vorstand wiedergewählt. Für verdienstvolle Mitarbeit und rege Wanderbeteiligung erhielten zwei Mitglieder die üblichen Auszeichnungen. — An den Ehrenvorsitzenden, Herrn J. Nießen, Bonn, wurde anlässlich seiner Ernennung zum Professor ein herzliches Glückwunschschreiben gerichtet. Vor-

Stiertrabe: (Zwei Jahre Zuchthaus für 20 Pfund Kartoffeln.) Mit einem Register von elf Vorstrafen belastet, hatte sich der Arbeiter Franz Buhlmann wiederum vor Gericht zu verantworten, und zwar diesmal, weil er aus einem Schuppen 20 Pfund Kartoffeln gestohlen hatte. Strafverhängend fiel für ihn in Betracht, daß er zwei Kinder zu dem Diebstahl verführt hatte. Das Gericht ließ diesmal keine Miße bei dem Gewohnheitsverbrecher walten, sondern verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus.

Effen: (Wegen Verleumdung des Reichskanzlers verurteilt.) Hier hatte sich der verantwortliche Redakteur eines Effener kommunikativen Blattes vor der hiesigen großen Strafkammer wegen Verleumdung des Reichskanzlers Marx zu verantworten. Im Anschluß an eine Rede des Reichskanzlers im großen Saal des städtischen Saalhauses in Effen hatte das Blatt einen Artikel veröffentlicht, in dem der Reichskanzler ein politischer Schwindler genannt wurde, vor dem gewarnt werden müsse. Der angeklagte Redakteur wurde vom erweiterten Schöffengericht in der ersten Instanz zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. In der Berufungsverhandlung wurde die Strafe auf einen Monat Gefängnis herabgesetzt.

Aus der weiten Welt

Glückliche Heimkehr nach 12 Jahren.

Vor kurzem ist der in Völschere-Callenberg in Sachsen wohnhafte verheiratete Hugo Neef aus russischer Gefangenschaft nach mehr als zwölfjähriger Abwesenheit in die Heimat zurückgekehrt, wo er von seiner Familie mit offenen Armen empfangen wurde. Neef war gleich im ersten Kriegsjahr in die Hände der Russen gefallen und nach zweimaligem Fluchtversuch nach Sibirien verbannt worden.

Berschlagnete Flieger.

Andland (Neuseeland), 16. Jan. Die Suche nach den beiden Fliegern Hood und Moneriff, die am 10. Januar vom australischen Festland zu einem Streckenflug aufgestiegen waren und seit her verschollen sind, ist als aussichtslos aufgegeben worden. Man hat keine Hoffnung mehr sie noch zu retten.

führung von Lichtbildern, gemeinschaftliche Besuche und befehligen die anregend verlaufene Versammlung.

Die Wirtvereinigung hält heute Dienstag, nachmittags 5.30 Uhr, Versammlung ab bei Kollegen Joseph Cui, Bonnstraße. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden alle Kollegen erwartet. Kollegen, welche noch nicht Mitglieder sind, sind willkommen.

Der Brühler Lieberkranz hat heute abend Probe. Nach der Probe findet die Wahl des kleinen Rates statt. Alle Aktiven wollen sich am heutigen Probeabend im Vereinslokal einfinden.

Der Vorvorhergabe. Veränderlich mit schwankenden, aber für die Jahreszeit milden Temperaturen. Deutlicher Wechsel zwischen Aufhellung, sowie Trübung und Niederschlägen.

Abfindung von Kriegerwitwen bei Wiederverheiratung. Das fünfte Abänderungsgezet zum Reichsversorgungsgesetz hat die Abfindungssumme, die eine Kriegerwitwe bei Wiederverheiratung mit einem Deutschen an Stelle der Witwenrente erhält, auf 1/3 der Witwenrente des Kriegers, der die Abfindung erhält, auf das 3fache der im Höchstfalle zuzubehaltenden monatlichen Witwenrente (ohne Zusatzrente) erhöht. Es wird künftig stets die Witwenrente von 60 v. H. der Vollrente des Erwerbsunfähigen zugrundegelegt, auch wenn die Witwe nur 50 v. H. bezogen hat. An Witwen, die sich ab 1. Oktober 1927 wieder verheiratet haben, erfolgt die etwaige Nachzahlung von Alts wegen.

Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Brühl, Rheinstraße 51, schreibt uns: Durch verschiedene Pressemitteilungen aufmerksam geworden, wonach Kriegerwitwen und Eltern gefallener Söhne glauben, daß sie durch die Verabschiedung der 5. Novelle bestimmt wieder in den Genuß ihrer Renten kommen werden. Wenn auch der Gesetzgeber großzügig, die von 1923 abgeordneten Kriegsbeschädigten wieder in die Versorgung aufnehmen will, so bedarf doch jeder Antrag einer besonderen Begründung. Wir bitten daher alle, die glauben, Antrag auf Renten stellen zu können, sich vorher unverbindlich und kostenlos in unserer oben genannten Geschäftsstelle beraten zu lassen, von wo aus die Anträge dem Versorgungsamt weiter geleitet werden.

„Nicht öffnen bevor der Zug hält.“ Jeder hat wohl diesen Satz an den Türen der Eisenbahnwagen schon gelesen, nicht jeder aber hat beachtet, daß hier eine Verkehrsvorschrift steht, deren Nichtbeachtung Strafe nach sich zieht. Dies mußte kürzlich auch ein junger Mann am Bahnhof Beuel erfahren, der, allgemeiner Unsitte gemäß, die Tür zu früh aufschloß und deshalb von der Bahnpolizei gefaßt wurde. Fünf Mark und 0.80 Mark Dienstgebühren mußte der junge Mann zurückzahlen. Die Bahnpolizei aber hat recht daran, gegen diesen Unfug, der für andere schwere Verletzungen im Geleise haben kann, streng vorzugehen. Also: „Nicht öffnen bevor der Zug hält.“

Wohem: M.-G.-B. Cäcilia. Die am Sonntag stattgefundene Generalversammlung nahm einen selten schönen Verlauf. Nach einem kurzen Überblick über das verfloßene Vereinsjahr durch den Vorsitzenden Jol. Duell, wurde die Tagesordnung erledigt. Dem Kassierer und gesamten Vorstand wurde nach Vorlesung und Prüfung des Kassensberichts Entlastung erteilt. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wieder gewählt. Auf vielseitigen Wunsch wird der Verein am Sonntag, den 12. Februar, seine zweite öffentliche Sitzung mit Damen veranstalten. Da ernteliche Karnevalszeiten mitwirten, ist ein volles Haus zu erwarten. Näheres wird noch im Angeheile dieses Blattes bekannt gegeben.

Schwere Hahofenexplosion.

Völschingen, 16. Jan. Heute früh gegen 5 Uhr entfiel auf der Völslinger Hütte eine schwere Hahofenexplosion. Die glühenden Massen des explodierenden Hahofens 5 ergossen sich im Umkreis mehrere Meter weit, wodurch eine Anzahl Arbeiter schwer verletzt wurden. Bis 8 Uhr waren zwei bis zur Unkenntlichkeit verbrannte Hahofenarbeiter geborgen. Die Zahl der Verletzten wurde um die genannte Zeit mit 15 oder 16 angegeben. Die Arbeiten am Ort gestalten sich sehr schwierig, da die glühenden Schuttmassen ständig nachrutschen.

Sieben Tote, zehn Verletzte.

Saarbrücken, 16. Jan. Bei dem Hahofenunglück auf der Völslinger Hütte sind insgesamt 17 Personen betroffen worden, von denen zwei auf der Stelle tot waren, während fünf weitere inzwischen ebenfalls ihren Verletzungen erliegen sind. Die Ursache des Unglücks ist aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Kohlenstaubentzündung zurückzuführen. Die Ausschleifung des Hahofens dürfte voraussichtlich bis Ende dieses Monats in Anspruch nehmen.

Eine Explosion bei den Dampferwerken.

Müßelsheim, 16. Jan. Eine Explosionskatastrophe ereignete sich Samstagmittag in den hiesigen Dampferwerken. Ein seit mehreren Monaten nicht mehr in Betrieb befindlicher Karbidgasometer sollte abmontiert werden. Aus unbekannter Ursache explodierte der Kessel des Gasometers und schleuderte den 21-jährigen Schlosser G. Biebel aus Wollfsehlen b. Darmstadt an die Decke. Der Unglückliche blieb mit zerbrochenem Schädel tot liegen.

25 Arbeiter von dem Erstickungstod gerettet.

Auf dem Werk der Arbed in Esch an der Aagette ereignete sich ein Unfall, der schwere Folgen hätte haben können. Durch Aufreißung verschiedener Maschinen entstand in einer Gasleitung Unterdruck. Die Sicherheitsventile öffneten

sich, und das Gas drang in den Unterraum. Die zum Frühlingswechsel anwesenden 25 Arbeiter fielen brennendlos um. Durch das sofortige tatkräftige Eingreifen der Sanitätsmannschaften konnten die Verunglückten vor dem Ersticken gerettet werden.

Eine unglaubliche Schweinerei.

Biedenhofen, 16. Jan. Gegen den Abdecker Spirdel schwebte eine gerichtliche Untersuchung, da er verendete und frante Tiere an die Verbraucherschaft abgab, statt sie zu vernichten. Die Beschuldigungen gegen den Abdecker haben sich nunmehr in allen Punkten bestätigt und weiter wurde festgestellt, daß Spirdel, wenn es ihm an verendeten Schafen mangelte, einfach verendete Hunde zerlegte und das Fleisch verkaufte.

Erdstöße in Belgien.

Brüssel, 16. Jan. Samstagnacht wurden im Observatorium Ullel Erdstöße registriert. Die ersten Aufzeichnungen begannen 12.17 Uhr nachts und dauerten 54 Sekunden. Das Beben wurde besonders in den östlichen Gegenden Belgiens wahrgenommen. Ein zweites Beben zwischen 3 und 4 Uhr morgens wurde auch in der Umgegend verspürt. Meldungen über größeren Schaden liegen nicht vor. In derselben Zeit ist bekanntlich auch in Baden ein leichter Erdstoß wahrgenommen worden.

Die Minengefahr in den nordischen Gewässern.

Kopenhagen, 16. Jan. Im Jahre 1927 wurden an den dänischen Küsten sechs Minen unschädlich gemacht. Von diesen waren vier englischen und zwei deutschen Ursprungs.

Raubmord.

In Wenzlawitz bei Fridek in Böhmen brachen Freitagabend zwei verummte Räuber in ein Gasthaus ein. Infolge des Lärmes erwachten der Gastwirt und sein Sohn und stellten sich den Räubern entgegen. Diese erschossen den Gastwirt und verwundeten den Sohn durch drei Schüsse lebensgefährlich. Sodann raubten sie die Kasse von 3000 Kronen und flüchteten. Die Gendarmerie ist den Räubern auf der Spur.

Die Wollspilage

In den polnischen Ostgebieten dauert an, da aus Rußland, wo die früheren Jagden der Gutsbesitzer aufgehört haben, immer neue Rudel über die Grenze kommen. Bei Wileka im Wlunagebiet wurde ein allein gehender Mann auf einem Waldweg von mehreren Wölfen angefallen und getötet. Das Vieh einzelner stehender Bauernhöfe ist in den letzten Wochen mehrfach selbst in den Ställen von Wölfen angefallen worden.

Leichter kann der Hausfrau das Suppenkochen nicht gemacht werden, als mit Maggi's Suppen in Würfel, die bekanntlich schon alles enthalten, was zu einer guten Suppe gehört. Deshalb kocht man sie nur noch mit Wasser, aber nicht etwa nach Gutmücken, sondern genau nach der Anweisung auf jedem Würfel. Naturgemäß kann man bei den vielen Sorten nicht in gleicher Weise verfahren. Die eine ist schon nach 5 Minuten kochdauer fertig, die andere muß vorher zu dünnem Brei angerührt werden und 15, 20 oder 25 Minuten kochen. Hierauf ist zu achten, wenn man delikate Suppen haben will.

Aufnahme der Schulneulinge Ostern 1928

Gemäß § 2 des Gesetzes über die Schulpflicht in Preußen vom 15. Dezember 1927 beginnt die Schulpflicht mit dem 1. April 1928 für alle Kinder, die bis zum 30. Juni 1928 das sechste Lebensjahr vollenden.

Um eine Leberfist über die aufzunehmenden Kinder rechtzeitig zu erhalten, wird ersucht, die Kinder, welche in der Zeit vom 1. Oktober 1927 bis zum 30. Juni 1928 geboren sind, zur Schulaufnahme anzumelden.

Die Anmeldung erfolgt in der Woche vom 23. bis 28. Januar d. J., vormittags von 8½ bis 12 Uhr zu veranlassen und zwar:

- a) für die katholischen Knaben bei Herrn Rektor Heid in der katholischen Knabenschule, Clemens-Auguststraße 31,
- b) für die katholischen Mädchen bei Fräulein Konrektorin Diefelbeck in der katholischen Mädchenschule, Clemens-Auguststraße 31 und
- c) für die evangelischen Knaben und Mädchen bei Herrn Hauptlehrer Jäger in der evangelischen Volksschule, Bonnstraße 52,

schriftlich oder mündlich unter Vorlage des Impfychein und Angabe der Religion.

Die Anmeldung kann auch im Rathaus, Zimmer Nr. 7, in der gleichen Zeit erfolgen. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1928 das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag des Erziehungsbevollmächtigten zu Beginn des Schuljahres 1928 in die Schule aufgenommen werden, wenn sie die für den Schulbesuch erforderliche körperliche und geistige Reife besitzen. Diesen Antrag ersucht ich unter Vorlegung einer schulärztlichen Bescheinigung und des Impfychein, sowie Angabe der Religion spätestens bis zum 1. Februar d. J. der Stadtverwaltung einzu-reichen.

Körperlich oder geistig nicht hinreichend entwickelte an sich schulpflichtige Kinder können auf Grund eines amts- oder schulärztlichen Zeugnisses vom Schulbesuch zurückgestellt werden. Derartige Anträge sind der Stadtverwaltung ebenfalls spätestens zum 1. Februar d. J. einzureichen.

Als Schularzte kommen in Frage:

- für die Knaben: Herr Dr. Kerffboom, Schloßstraße.
- für die Mädchen: Herr Dr. Weinreich, Gartenstraße.

Brühl, den 13. Januar 1928.

Der Bürgermeister Freyhold.

Es war der hinterlistige und gemeine Plan gewesen, in Giselotte vor einiger Zeit ihrem Bruder angeklüffelt, sie ihm die Begegnung mit dem Studenten in der kaiserlichen erlächte und keine Eitelkeit einflachte hatte. Sie selbst aber hatte nichts anderes im Sinn gehabt, die Eitelkeit von Doktor Wedder zu lösen, um sich ihm zu nähern.

Wie schwer fiel es ihr, den Vater lächelnd zu begrüßen und heiter von der Arbeit zu plaudern.
Raum aber hatte sie an diesem Abend die Tür ihres Zimmers hinter sich geschlossen, war es mit ihrer Selbstbeherrschung zu Ende. Sie stand in den Händen und ließ sich nicht mehr von der Arbeit zu plaudern.

Dann hielt sie ihm die Tasse Tee hin und einige schon zubereitete feine Plättchen.
Mit merkwürdiger Würde schenkte er. Zwischenmahlzeit er Elmitre und wollte wissen, ob der Sekretär im Büro immer noch so nett sei.
Schonend und kühlte ein Schöten über ihre Stirn.

Die Feuerunke.

Eine Franziskus-Legende.
Von
Carl Ferdinand.

Zu der Zeit, als der Spielmann Gottes, der selige Franziskus, in schmerzhafter Krankheit verfallen war und sein Ende herannahen sah, macht er sich mit drei jungen Buben nach dem Berge Alverna auf, der von dunklen Wäldern bekrönt, von wilden, duftenden Blumen umponnen, von bewegten Quellen überflutet, seiner Sehnsucht nach Einmaligkeit in Gott gerade das richtige Genügen war.
Seine drei Begleiter hieß er am Fuße des Berges, wo in Wiesentälern hier und da kleine Heuschrecken aus früherer Zeit fanden, in einer solchen ihre Wohnung aufschlugen, er selbst trennte sich von ihnen und ließ höher, wo sich der Wald schon lichte und Bächen zwischen Büschen hervorquellen. Da wußte er ein altes Gemaier, zur Einhebel geeignet, und beschloß, darin auf Gott zu warten.
Da es nun Abend wurde und der Sinn des Heiligen zwischen den Sternen wandelte, erhob sich aus den warmen Steinen des Gemäuers die leise fliegende, glöckchenartige Stimme einer Feuerunke, die da regelmäßig wie eine Uhr ihren Aufschlag ertönen ließ. Und Franziskus, durch den nadirlichen Lauf aus seinen Betrachtungen aufgeweckt, verwies der Unke ihren Gesang und bat sie, zu schweigen, bis er sein Gebet vollendet habe.

Aber unbeirrt dieser Rede fuhr das Tierlein in der Mauerpalte fort zu sprechen und sagte: „Lüt, Lüt, Lüt!“
Durch den Klang, der in der tiefen Stille doppelt schärfer ertönte, aus seinen Höhlen auf die Erde gezogen, beschwor der kranke Spielmann das Wesen noch einmal bei der Liebe Gottes: aber der Unke geistig nicht, ließ sich nicht beirren und fuhr fort: „Lüt, Lüt, Lüt!“ zu sagen.
Da erinnerte sich der Heilige des Gebotes der Demut und sprach zu sich: „Diese Stimme jendet mit der Herr, um mir zu bedeuten, daß ich nicht eitel sein soll und glauben, daß ich die Tiere des Waldes und die Vögel des Himmels beherrschen könne. Und da sie nicht zuläßt, daß ich in die Stille mich verkenne, so will ich mit ihr den Herrn preisen!“
Wenn nun die Feuerunke „Lüt“ sagte, so brachte der Heilige als Antwort „Erbarne dich unser!“ und sagte das Tierlein zum anderen Male „Lüt“, so fiel Franziskus mit „Bitt für uns!“ ein. Aber kaum hatte die Vögel begonnen, da schwieg die Unke beherzigt, als ob ihr das christliche Zwiesgespräch unterm sei. „Siehe“, ermannte da der Heilige sich selbst, als er da vergesslich war, „auch Gebuld keine ich durch Gottes Güte an dieser Kreatur!“
Raum aber hatte er sich wieder, da es nun stille war, in die Betrachtung der Herrlichkeit des Himmels versenkt, da begann die Feuerunke wieder lauter denn oben ihr unermüdliches „Lüt, Lüt, Lüt!“

Da schlug der Spielmann des Herrn seine Hände über den Augen zusammen, der auf des Tieres in den Steinen, die große Einmaligkeit des nachtsigen Berges, das Schweben der Vögel und Gesellen, das lächelnd leise Ritseln der Wälder umflamte keine Seele mit Kleinmut, es war ihm, als ob die Feuerunke seinen Frieden durch ein dauernd unterbrochenes, höhnisches Gelächter vernichten wolle. Da betete er in diese Nacht hinaus.
Und jetzt erschreckt hielt er inne und horchte auf die Stimme des Unken. Der rief nicht mehr „Lüt, Lüt“, sondern nun klang kein Gesang laut und hallend „Gott, Gott, Gott!“ und noch einmal „Gott, Gott, Gott!“ herrschaft und lächelnd, wie der Ton der Geige eines ritterlichen Sängers, und wieder „Gott, Gott, Gott“, weit über die große Einmaligkeit des nachtsigen Berges hin, über das Schweben der Vögel und Gesellen, über das Ritseln der Wälder und das Anwandern der Graspalme und Blumenblätter.

Und während die Feuerunke ihr andächtig „Gott, Gott, Gott!“ rief, mißte Sanctus Franziskus, befreit von der Befremdung des Alltäglichen, seine Stimme in den Gesang des Tieres und der dunklen Natur, und sprach es aus, was sein Herz empfand: „Magnificat anima mea dominum, meine Seele lobpreist den Herrn!“

Ein adliger Temperenzorden.

Die moderne Mäßigkeitsbewegung mit ihren Orden und Logen ruft die Erinnerung an einen adligen Temperenzorden des 17. Jahrhunderts wach. Durch die Aufhebung des Vohnweins war der niedere Adel damals in große Schwierigkeiten gekommen. Die zurückgebliebenen Lebensweise, zu der ihn die Verhältnisse zwangen, führte zu einer Vergrößerung der gesellschaftlichen Vergnügungen, die sich besonders in der Nothzeit der Trübsalstage kundtat.

Um dieser Entartung der höchsten Lebensform Einhalt zu tun, gründete der Landgraf Moritz von Hessen 1601 einen Orden der Temperenz für deutsche Fürsten und Herren, dessen Mitglieder sich zunächst auf ein Jahr verpflichteten, „sich alles Vollwessens, in was Getränk es auch sein möge, zu enthalten“. Späterhin wurde ihnen erlaubt, „heben Ordensbecher Wein auf eine Mahlzeit zu trinken, wenn sie auch nicht mehr als zwei Mahlzeiten mit Trunk am Tage zu sich nehmen durften. Doch da zur Morgensuppe gewöhnlich Wein getrunken wurde, so wurde festgelegt, daß man die zur Morgensuppe getrunkenen Becher von denen der Morgenmahlzeit abzugeben hätte, „also und dergestalt, daß nach verrichteter Morgenmahlzeit die sieben Becher nicht überhört seien“. Wie man sieht, waren also die Grenzen der Mäßigkeit im Zeitalter des Barock recht weit gezogen!

Nordischer Humor.

Christlichkeit. „Wir reden da von Christlichkeit. Wenn du nun beispielsweise eine Mission auf der Straße findest würdest, würdest du sie dem Eigentümer zurückgeben?“ — „Auf gar keinen Fall, wenn der Eigentümer ein reicher Klotz wäre. Wenn aber die Mission einem armen Schüler gehörte, dann wäre das natürlich etwas ganz anderes!“

Die Absonderung. In der Schule heipricht der Lehrer, daß verschiedene innere Bestandteile des menschlichen Körpers der Absonderung von Stoffen dienen, so zum Beispiel händere die Niere den Harn ab usw. Auf die Frage, was die Leber absondere, erhält er den verblüffenden Bescheid: „Den Lebertran!“

Beim Seetransportmittel. „Ich möchte eine Frau haben, die mich um meiner selbst willen liebt!“ — „Daher lunge! Freund, die Zeit der Wunder ist leider lange vorbei!“

Räkel-Gäse.

Silbenaustauschräkel.
Von nachfolgenden sieben Wörtern sind die letzten Silben zu streichen und dafür vorn neue Silben anzusetzen. Die Anlaufschriftchen der neugebildeten Wörter benennen einen russischen Volksverbreiter. Zur Anwendung kommen die Silben:

an, e, fu, mie, no, min, Gellert, Kale, Derwisch, Risch, Ter, Segel, Weien, Tergelt.



„Wo ist der Hirt?“

an, e, fu, mie, no, min, Gellert, Kale, Derwisch, Risch, Ter, Segel, Weien, Tergelt.
Regierbild „Wo ist der Hirt?“

Ausflügelungen aus letzter Nummer.
S o m o n y m : Totenkopf.
Bilderzettel: „Vor den Erfolg haben die Götter den Schwanz geklebt.“

Der Familienfreund

Unterhaltungsbeilage zur „Brücker Zeitung“
Druck und Verlag: Brücker Zeitung. Buchdruckerei Peter Becker & Co. m. b. H.

Die Sekretärin des Diplomaten

Roman von Elfriede Neuhaus.

10. Fortsetzung.

Nachdem sich Elmitre am Fenster und schaute auf die spielenden Kinder, die den Küchenscheimer Platz mit ihrem Lachen und Lärm anfüllten.

Es war ihr so wohl ums Herz, wenn sie an die vergangenen Wochen dachte, in denen ihre Liebe zu Doktor Wedder in ihrer Seele erwacht und zum Blüten gekommen war. Deutlich erinnerte sie sich seiner Worte, die er bei ihrem letzten gemeinsamen Spaziergang im Tiergarten gesprochen hatte: „Es steht Ihnen Leid bevor!“

Nun war es da, so schwer und qualvoll, daß es ihr alle Freude, allen Großmut taubte. Dazu kam noch die Sorge um den leidenden Vater, den der Arzt wieder zum Süden schicken wollte.

Am Süden — — ob nicht auch ihr krankes Herz dort wieder genesen könnte? —

Scharfe Linien legten sich um ihre Mundwinkel, und starr bläute sie ins Aferlose.

Doch nein, etwas in den Tiefen ihrer Seele mehrte sich dagegen, von dem Ort fortzugehen, wo er weilte, wo er atmete und wo sie ihn noch sah. Sie liebte ihn trotz allem, sie liebte ihn immer mehr. Sie lächelte, daß auch er mit sich kämpfte, daß etwas sich zwischen sie gedrängt hatte, dem sie machtlos gegenüberstand.

Und doch wurde die Luft, die sie voneinander trennte, immer größer. Von Tag zu Tag nahm die Entfernung zu. Niemand anders als Elmitre hatte dahinter. Sie kam jetzt öfters mit Doktor Wedder zusammen, und nie vergaß sie, ihn an Elmitrens fassliches Wesen zu erinnern.

Einmal, als er sie herzlich gefragte hatte, wann denn die Hochzeit zwischen Elmitre und dem Bruder Hans stattfinden würde, war sie um die Antwort nicht verlegen gewesen. Am Sommer sollte es sein, da dann für den Bruder eine Aufbesserung in Aussicht stände.

Winter waren es dergleichen Dinge, die ihn in seiner Zurückhaltung bekräftigten und ihn veranlaßten, nur das absolute notwendige, das der gesellschaftliche Verkehr erforderte, zu Elmitre zu sprechen.

Es kam so weit, daß seine abweisende Art sich bis zur Unhöflichkeit steigerte, ja, daß seine Rücksichtslosigkeit zur Unhöflichkeit wurde.

Die Elmitre nicht alle Kraft zusammenkommen und nicht in dem Gedanken an den geliebten Vater die Zähne aufeinandergebissen, sie wäre bestimmt bei dem täglichen Kampf leidend und körperlich zugrunde gegangen.

Tante Ellen, die sie einige Male bei dem starr ins Weite gerichteten Blick übertraf, zog sie eines Tages an ihr Herz und sagte weich:
„Große Elmitre, hast du so wenig Vertrauen zu mir?“

— Komm, sprich dich einmal aus, erzähle mir, was vorfallen ist. Vielleicht kann ich dir helfen.“
Und zum ersten Male in all der schweren Zeit, da sie alles stillschweigend ertragen hatte, empfand sie das Verslangen nach Trost und Erleichterung.

Von Schlägen unterbrochen, sprach sie sich frei, nichts verschweig sie.
Nachdem sie zu Ende gesprochen hatte, lagte mit großer Entrüstung Tante Ellen:

„Dahinter kann nur Elmitre stehen! — Indies, liebe Elmitre, es liegt für mich klar, daß sie so hinterlistig vorgegangen ist, daß wir wohl vergesslich verfallen würden. Doktor Wedder aus ihren Händen zu befreien. Nur die Zeit kann und wird es an den Tag bringen, wie bitter Unrecht er dir getan hat.“

„Nur das eine wünsche ich noch“, entgegnete mit Ergebung Elmitre, „daß er noch einmal erfährt, daß ich seiner nicht unwürdig war.“

„Diese Zeit wird kommen, verlasse dich darauf, und Elmitre möge im Unglück erkennen, wie sehr sie gegen dich gesündigt hat.“

Sei wie ein Hauch kam es über Elmitrens Lippen:
„Ich liebe ihn noch und werde ihn immer lieben!“
„Doch, du wirst ihn nicht lieben, Elmitre, und an den Vater denken — er hat uns so nötig. Er soll sehen, daß Mut und Tatkraft in uns wohnen, daß wir das Leben zu meistern verstehen, auf daß es ihm nicht allzu schwer fällt, wenn er uns auf immer verlassen wird.“

„Ich denke, er soll zum Süden —“
„Kind, Elmitre, bereite dich vor — ich glaube nicht, daß seine Kraft noch soweit reichen wird, die beschwerliche Fahrt zu machen.“

„Nun umfassen den beiden Trauen im Schein der untergehenden Sonne und weinten.
Dann umschloß Tante Ellen fest Elmitrens Hand. Beide gelobten sich, trenn zusammenzuhalten, allen Gram niederzurufen und in edler Selbsterleuchtung im Umgang mit dem Kranken stets ein heiteres Wesen zur Schau zu tragen.“

Früh war über Elmitre eine Zeit der Reiden und Wänsungen hereingebrochen, aber gute Freunde fanden ihr zur Seite.

Karl Weiß hatte ebenfalls bemerkt, daß Elmitre litt. Die Krankheit des Vaters konnte es nicht sein, die sie in kurzer Zeit so verändert hatte; sein erster Gedanke war, daß nur Doktor Wedder die Schuld daran tragen konnte.

Wieder an einem Samstag Nachmittag war er nach Friedenau zu Sullens heraufgefahren. Tante Ellen verzog anläßlich ihm, Elmitre zu einem Spaziergang zum Grunewald zu bewegen; sie selbst konnte nicht fort, da sie jeden Augenblick den Bruder anzuerwartete.

